



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 143 (1932)**

550 (25.11.1932) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-371559](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-371559)



# Der Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler

### Eine Dokumentensammlung über die Regierungsverhandlungen von historischer Bedeutung

Meldung des Wolffbüros

Berlin, 25. Nov.

In der Unterredung, die am Samstag, den 19. November zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stünde. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Verhandlungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher stellte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Reichsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen. Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, den 21. November, vermittelte übergeben der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende formalisierte Erklärung:

## Der Auftrag an Hitler

Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts verwerfe. Ich verbleibe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Mann geleitet wird, und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie, als den Führer der Parteien Partei beizutreten, so und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitstüchtige Mehrheit mit sich bringen, einschließlich Arbeitsprogramm im Reichstage haben würden. Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.

## Hindenburgs Voraussetzungen

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen für eine Regierungs- und Reichstagsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab:

1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — Keine Wiederkehr des Dualismus Reich und Preußen — Keine Einschränkung des Art. 48.
2. Persönlich: behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Außenministeramts und des Reichswehrministeramts ist in Betracht meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheeres Sache meiner persönlichen Entscheidung.

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen und der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

## Hitlers Rückfragen

In einem Schreiben an den Staatssekretär Dr. Weizsäcker vom gleichen Tage stellte Herr Hitler einige Rückfragen. Das Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

Berlin, 21. November 1932.

Sehr verehrter Herr Staatssekretär! Gestalt von der großen Verantwortung in dieser schweren Zeit habe ich eine gründliche Durchsicht des mit Ihnen vom Herrn Reichspräsidenten geschickten Auftrages vorgenommen. Nach eingehenden Ausfragen mit führenden Männern meiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens bin ich dabei zunächst zu folgendem Ergebnis gekommen:

Ein Vergleich der beiden Schriftstücke des mit dem oben genannten Auftrage einverleibt und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unübersehbar erscheinenden Widerspruch. Ich bin dazu Stellung nehmen und lassen meine endgültige Entscheidung abhängig mache, daß ich Sie, Herr Staatssekretär, bitten, die Ansicht des Herrn Reichspräsidenten (schonfalls) und mir mitzuteilen, welche Regierungsform der Herr Reichspräsident wünscht und in welchem Maße im Auge hat. Schließt ihm ein Präsidialkabinett vor unter Sicherstellung der verfassungsmäßigen nötigen parlamentarischen Zustimmung, oder will Seine Excellenz ein parlamentarisiertes Kabinett mit Vorbehalt und Einschränkungen der mir bekannt gegebenen Art, die Ihnen sonstigen Weisungen noch nur von einer autoritären Staatsführung eingehalten und damit entsprechen werden können. Sie werden, Herr Staatssekretär, bei einem kritischen Vergleich der beiden Dokumente unter Berücksichtigung der verfassungsmäßigen Voraussetzungen, der verfassungsmäßigen Stellung und damit Verantwortlichkeit einer parlamentarischen Regierung die Möglichkeit dieser grundsätzlichen Abklärung nicht vermissen. Hinsichtlich möchte ich noch, daß Herr Reichspräsident die Bestimmung einer der parteipolitischen Führer des Reichstags war und gebildet ist und demnach in seinem zweiten Kabinett Präsidialkabinett wurde. Ich selbst habe mich nicht als „Parteilührer“ erklärt, sondern einfach als „Deutscher“, und nur um Deutschland vom Druck des Marxismus zu erlösen, gründete und veranfaßte ich eine Bewegung, die weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus sich ausbreiten wird. Ich bin in die Parlamente einzugehen hat keinen Grund nur in der Verfassung, die uns zwingt, diesen legalen Weg zu beschreiten. Ich selbst aber habe mich bemüht, nur jeder parlamentarischen Tätigkeit fernzuhalten. Der Unterschied zwischen meiner und der Auffassung des Präsidialkabinetts Pagen über die Möglichkeit einer autoritären Staatsführung liegt nicht darin, daß ich gerade bei dieser Voraussetzung, daß sie eine Verantwortung in der Verfassung, die sie in der Interzelle der deutschen Nation geschwächt beibringen, ist mein höchstes Wunsch und mein vornehmstes Ziel. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener (act.) Adolf Hitler.

## Weizsäcker Antwort auf Hitlers Fragen

Staatssekretär Dr. Weizsäcker beantwortete am Dienstag, den 22. November, die Fragen des

Führers der NSDAP, Adolf Hitler. In dem Schreiben heißt es u. a.:

22. November 1932.

Sehr verehrter Herr Hitler!

Auf Ihr gefälliges Schreiben beziehe ich mich im Auftrag des Herrn Reichspräsidenten folgendes zu erwidern:

Der Herr Reichspräsident sieht den Unterschied zwischen einem Präsidialkabinett und einer parlamentarischen Regierung in folgenden Merkmalen:

1. Das Präsidialkabinett — aus der Zeit der Zeit und dem Verlangen des Parlaments geboren — wird in der Regel die notwendigen Regierungsmassnahmen ohne vorherige Zustimmung des Parlaments auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Kraft treten lassen. Es besitzt keine Rechtswirkungen also in erster Linie vom Reichspräsidenten und danach die Parlamente im allgemeinen nur zum Sanftionieren oder Zulassen dieser Maßnahmen. Daraus ergibt sich, daß der Führer eines Präsidialkabinetts nur ein Mann des besonderen Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten sein kann.

2. Das Präsidialkabinett muß überparteilich geführt und zusammengesetzt sein und ein vom Reichspräsidenten ausgesuchtes, noch überparteiliches Programm verfolgen. Eine parlamentarische Regierung wird in der Regel von dem Führer einer der für eine Mehrheit, oder Koalition gebildet in Frage kommenden Parteien und aus Mitgliedern dieser Parteien gebildet und verfolgt im wesentlichen Ziele, auf die der Reichspräsident nur in geringem Maße und nur mittelbaren Einfluß hat. — Hiernach kann ein Parteiführer, noch dazu der Führer einer der Koalitionsparteien seiner Bewegung, fernerhin Partei, nicht Führer eines Präsidialkabinetts sein.

3. Reichskanzler Brüning hat bei seiner ersten Berufung ein ausgedehntes parlamentarisiertes, auf die Parteien gestütztes Kabinett gebildet, das sich erst allmählich zu einer Art Präsidialkabinett entwickelt hat, als der Reichstag bei der Besetzung verlor und Herr Brüning sich das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten im

wesentlichen Maße erworben hatte. Auf ähnlichem Wege könnte naturgemäß auch eine von Ihnen geführte parlamentarische Regierung im Laufe der Zeit sich zum Präsidialkabinett wandeln.

4. Das Kabinett Pagen war ein reines Präsidialkabinett, das nur zurückgetreten ist, weil es eine Mehrheit im Parlament zur Bekämpfung oder zur Einleitung seiner Maßnahmen nicht finden konnte. Ein neues Präsidialkabinett wäre also nur dann eine Verbesserung, wenn es diese Mängel beseitigen könnte und gleichzeitig die Eigenschaften des Kabinetts Pagen behalte.

5. Nach diesen Ausführungen kann es sich bei dem Auftrag des Herrn Reichspräsidenten an Sie, sehr verehrter Herr Hitler, nur um die Bildung eines parlamentarischen Reichskabinetts handeln. Der Herr Reichspräsident hat sich zu diesem Verlaufe entschlossen, nachdem keine Verhandlungen mit den Parteiführern die Möglichkeit der Bildung einer Mehrheit im Reichstage für ein von Ihnen geführtes Kabinett ergeben und Sie selbst in der Besprechung am 19. November die Schaffung einer Mehrheit für eine von Ihnen geführte Regierung und für ein dieser zu erzielendes Ermächtigungsgesetz des Reichstags für unmöglich gehalten haben.

Die von dem Herrn Reichspräsidenten Ihnen auf Ihre Frage mitgeteilten „Voraussetzungen“ für eine solche Regierungsabstimmung haben mit einer parlamentarischen Lösung nicht im Widerspruch. Der Herr Reichspräsident hat in der Besprechung der von seinem Amtsvorgänger wie auch von ihm freigegebenen Einzelprobleme jedem Kabinett gewisse grundsätzliche Forderungen aufgestellt, im übrigen haben auch die Besprechungen des Herrn Reichspräsidenten mit den Parteiführern erkennen lassen, daß auch diese Forderungen grundsätzliche Widerstände nicht bestehen. Falls inbelang einer der Ihnen bekannt gegebenen Voraussetzungen des Herrn Reichspräsidenten für die Regierungsabstimmung sich als entgegenstehend erweisen sollte, so würde das Gegenstand der ersten Verhandlung über den Erfolg Ihrer Vorstellungen sein.

## Hitlers Abgabe und Gegenvorschlag

Auf dieses Schreiben antwortete Herr Adolf Hitler am 23. Nov. u. a. folgendes:

Die Behauptung, daß das Präsidialkabinett überparteilich sein könnte als ein parlamentarisiertes, widerspricht sich selbst, da der Herr Reichspräsident ein solches Kabinett und zweitens auf der Verweigerung seiner Arbeitstätigkeit sowohl als auch auf der dabei angewandten Methode. Wenn ein Präsidialkabinett mit dem Art. 48 zu regieren erzwungen ist, dann bedingt es die notwendige Billigung einer parlamentarischen Mehrheit. Damit ist es genau so abhängig von einer Parteienmehrheit wie auch das parlamentarische Kabinett. Dennoch muß der ein solches Kabinett führende Staatsmann genau so das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages einbringen, wie er es selbstverständlich das Vertrauen des Reichspräsidenten bedingt.

Ob ein Regierungsprogramm partiell oder überparteilich erscheint, spielt keine Rolle. Wesentliches hindern ist, daß es richtig ist, und daß es zum Erfolg führt. Ich protestiere dagegen, daß ein solches Programm eines bedarfs nicht durchgeführt werden könnte, weil es Eigentum und Gedanken einer Partei ist und mitten von einer Präsidialregierung, die überparteilichen Charakter haben muß, durchzuführen ist.

Ich habe die Überzeugung vertreten, daß es mir unter der Voraussetzung des Vertrauens des Herrn Reichspräsidenten am ehesten gelingen wird, eine Staatskrise zu vermeiden, weil ich innerhalb zwei Drittel der zur Fortsetzung nötigen Zahl von Abgeordneten schon in meiner Partei allein befinde. Sie teilen mir mit, daß der Herr Reichspräsident nunmehr eine hundertprozentig parlamentarische Lösung wüßte. Diese Aufgabe kann überhaupt nicht gelöst werden, wenn die Stellung dieses Auftrages mit Bedingungen verbunden ist, die die Lösung an sich verhindern. Denn wenn schon der parlamentarische Weg beschritten werden soll, dann können dafür aber auch keine anderen Voraussetzungen zur Auflage gemacht werden, als die in der Weimarer Verfassung selbst angedeutet. Demnach ist in erster Linie die parlamentarische Mehrheit maßgebend sowohl für die Bestimmung mit der Regierungsabstimmung als auch für die Zusammenlegung des Kabinetts und für das Regierungsprogramm. Voraussetzungen von anderer Seite können nur insoweit aufgestellt werden, als sie der Verfassung entsprechen.

Da der Reichspräsident den Reichskanzler und die Reichsminister ernannt, hat er selbstverständlich die letzte Entscheidung über die Ministerliste. Aber nicht zu verwechseln mit dem Art. 48 der Verfassung wäre dann die Voraussetzung, daß die Besetzung des Reichskanzleramts und des Reichswehrministeramts sowie der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten sei. Nach der Reichsverfassung und der Reichsverordnungen können nur auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt werden.

Beilegung des Dualismus zwischen Reich und Preußen, keine Einschränkung des Art. 48, das sind alles Voraussetzungen, die bei einem parlamentarischen Reichskabinett dem Reichspräsidenten nur nach Rücksicht der Art. 48 über die Reichsregierung anzuhängen. Wenn Sie nun erklären, nach der bisher von dem Herrn Reichspräsidenten und seinem Amtsvorgänger geltenden Staatsverträge seien ledig dem Kabinett grundsätzliche Forderungen auferlegt worden, so darf ich Ihnen darauf folgen: es erwidern:

1. Nach wie in diesem Sinne und in diesem Umfang.
2. Nach wie war die feindschaftliche Lage Deutschlands innen, außenpolitisch und insbesondere wirtschaftlich zu mir heute und daher noch wie die volle

Autorität eines Reichskanzlers nötiger als jetzt und 3. darf ich doch auch darauf hinweisen, daß nach seiner Zeit so schwere Eingriffe in das parlamentarische Regierungssystem vorgenommen wurden, wie unter dem Präsidialkabinett des Herrn von Pagen, die ich nun nachträglich den Parteien zur parlamentarischen Behandlung, und zwar zur Zulassung und Billigung, vorlegen soll.

Sie schreiben, daß bei den Vorbereitungen mit den anderen Parteiführern bereits deren Bereitwilligkeit gefordert worden ist, auf diese Vorbehalte einzugehen. Diese Erklärungen liegen jedenfalls nicht schriftlich vor. Aus der Besprechung, die der Reichspräsident Göring vor der Erstellung des Auftrages des Herrn Reichspräsidenten an mich) mit anderen Parteien hatte, geht das Gegenteil hervor. Die Überzeugung war, daß ich im Falle des Scheiterns weiterer Verhandlungen dem Herrn Reichspräsidenten in die Gründe mitteilen könnte, undert vorsichtig an der Laizität, daß man einfach mit Recht bestehen würde, die Erklärung eines übernommenen Auftrages sei mir nicht gelungen.

Die Folgerungen, die sich daraus für die nationalsozialistische Bewegung und damit auch für das ganze deutsche Volk ergeben würden, liegen auf der Hand. Ich habe in rechtlischem Bewußtsein Antrag und Bedingungen immer wieder miteinander verglichen, bin aber genau so, wie meine familiären Mitarbeiter, zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Auftrag infolge seines inneren Widerspruchs in sich unauflösbar ist. Ich habe daher davon abgesehen, in diesen Tagen mit einer Partei Stellung zu nehmen und bitte Sie deshalb, Ihrer Excellenz, dem hochverehrten Herrn Reichspräsidenten, folgende überdachte Meldung übermitteln zu wollen:

Dem mir am Montag, dem 21. 11. 32, vom Herrn Reichspräsidenten erteilten Auftrag kann ich infolge seiner inneren Unauflösbarkeit nicht entgegennehmen und lege ihn daher in die Hand des Herrn Reichspräsidenten zurück.

Angelehnt der revolutionären Lage unseres Vaterlandes, der immer steigenden Not und der Verpflichtung für jeden einzelnen Deutschen, sein Leben zu tun, damit Volk und Reich nicht im Chaos verfallen, möchte ich mich wie vor dem ehrenwürdigen Herrn Reichspräsidenten und Reichskanzler des Reichstages die nationalsozialistische Bewegung mit dem Glauben, der Kraft und der Befähigung der deutschen Jugend zur Verfügung stellen. Ich schlage daher unter vollständiger Umgehung aller immer mehr verwirrenden Begriffe folgenden positiven Weg vor:

1. Der Herr Reichspräsident (sich) mich auf, vom Tage der Kulturverteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die dringlichsten innen, außen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.
2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.
3. Ich werde neben anderen auch der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministeramt als Leiter mit bekanntem persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichskanzleramt Herr von Neocath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernannt mich darauf zum Reichskanzler und behält die von mir vorschlagene und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, die dieses Kabinetts die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck seine Vollmacht, die in so kritischen und schweren Zeiten aus parlamentarischen Reichskanzlern nie verlagert worden sind.

## Eine letzte Antwort Hitlers

Hitler hat am Donnerstag nachmittag nach Empfang der Abgabe Hindenburgs, die wir auf Seite 1 veröffentlichten, an Staatssekretär Weizsäcker folgenden Schreiben gerichtet:

Indem ich Ihre Schreiben, das die Ablehnung meines Vorschlages zur Bildung der Artie durch den Herrn Reichspräsidenten enthält, zur Kenntnis nehme, muß ich abschließend, nach ein paar Feststellungen treffen:

1. Ich habe nicht den Verlaufe der Bildung einer parlamentarischen Reichsregierung für ausfallslos gehalten, sondern nur infolge der daraus resultierenden Bedingungen als unmöglich bezeichnet.

2. Ich habe darauf hingewiesen, daß wenn Bedingungen gestellt werden, die in der Verfassung begründet sein müssen.

3. Ich habe nicht die Bildung eines Präsidialkabinetts verlangt, sondern einen mit diesem Begriff in keinem Zusammenhang stehenden Vorschlag zur Lösung der deutschen Regierungskrise unterbreitet.

4. Ich habe zum Unterschied anderer unentgeltlich die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volkvertretung betont und ausdrücklich versichert, nur unter solchen gelegentlichen Voraussetzungen arbeiten zu wollen.

5. Ich habe nicht nur meine Parteiführer verlangt, sondern nur, wie im August dieses Jahres, so auch jetzt bereit, mit all den anderen dafür in Frage kommenden Parteien Verhandlungen zu führen, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Diese Verhandlungen wurden erfolglos geblieben, weil an sich die Möglichkeit bestand, das Kabinett Pagen unter allen Umständen als Präsidialkabinett zu halten. Es ist daher auch nicht nötig, mich zur Zusammenarbeit mit anderen außerparlamentarischen Kräften der Nation zu verpflichten, da ich dazu trotz längerer Auseinandersetzungen schon in diesem Sommer alles zur Verfügung gestellt habe. Ich lehne es aber ab, in diesem Präsidialkabinett eine außerparlamentarische Kraft zu haben, und ich habe so auch in der Beurteilung der Tätigkeit des Reichspräsidenten die Tätigkeit dieses Kabinetts bisher nicht behalten.

6. Ich habe aus dieser Erkenntnis heraus auch immer gewartet vor einem Experiment, das am Ende zur nackten Gewalt führt und daran auch scheitern muß.

7. Ich war vor allem nicht bereit, und werde auch in Zukunft niemals bereit sein, die von mir geschaffene Bewegung anderen Interessen zur Verfügung zu stellen als denen des deutschen Volkes. Ich fühle mich dabei verantwortlich vor meinem Gewissen, der Türe der von mir geschaffenen Bewegung und der Erlösens der Millionen deutscher Menschen, die durch die politischen Experimente der letzten Zeit zwangsläufig einer immer weitergehenden Verelendung entgegengeführt wurden.

Im übrigen bitte ich Seine Excellenz, dem Herrn Reichspräsidenten noch wie vor den Ausbruch meiner tiefsten Ergebenheit übermitteln zu wollen. Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener (act.) Adolf Hitler.

## Kampfanfrage der NSDAP

Meldung des Wolffbüros

Berlin, 25. Nov.

Reichspräsident Göring empfing gestern Abend Vertreter der in- und ausländischen Presse, um als politischer Bevollmächtigter Hitlers den Standpunkt der nationalsozialistischen Führung zu der jetzt gegebenen Situation darzulegen. Es erregte sich die Frage, in welcher Hinsicht, inwieweit möglich die erste Abfertigung habe, ein parlamentarisiertes Kabinett zu bilden, oder ob es nicht darauf ankommen sei, die Unmöglichkeit der parlamentarischen Reichsregierung festzustellen, um damit den Grund für die Erklärung eines Notstandes und die Konstituierung eines Präsidialkabinetts zu haben.

Göring bekräftigt, daß Hitler und die übrigen Parteiführer die Vorbehalte des Reichspräsidenten bereits grundsätzlich anerkannt hätten. Schon der Vorbehalt in der Frage des Dualismus zwischen Reich und Preußen hätte nach nationalsozialistischer Auffassung die Reichsregierung verhindert. Ebenso sei der Vorbehalt wegen der Befugnis des Reichspräsidenten und des Reichsaußenministeriums eine Einschränkung der Rechte und der Verantwortung des Reichskanzlers. Zum Schluß erklärte Göring, dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung sei die Vollmacht verlagert worden, die Hitler bei jeder anderen Kabinettsbildung erteilt worden sei. Außerdem habe der Reichspräsident gegenüber Adolf Hitler ausdrücklich erklärt, daß das veraltete Vertrauensverhältnis nicht gegeben sei. Jedes andere Kabinett aber werde von der NSDAP ebenso scharf bekämpft werden wie das Kabinett Pagen.

## Die Meinung der Bayern

Meldung des Wolffbüros

München, 25. Nov.

Nachdem den Aussagen der Verhandlungen die Überwindung der Regierungskrise freudig die Bayerische Volkspartei — „Kampfbund der 23“, die Bayerische Volkspartei wäre bereit gewesen, selbst die überlieferten Opfer als Partei zu bringen, um dem Gedanken einer nationalen Konzentration zum Siege zu verhelfen. Wenn sich der Reichspräsident hätte entschließen können, Hitler als seinen Vertrauensmann mit der Führung eines Kabinetts zu betrauen, das eine arbeitstüchtige Mehrheit hinter sich gesammelt hätte, so wäre eine solche Lösung sicherlich nicht an der Bayerischen Volkspartei gescheitert, obwohl Hitler niemals in einem Raum des Vertrauens der Bayerischen Volkspartei werden könnte. Die NSDAP hätte Hitler unter bestimmten Voraussetzungen nicht die Möglichkeit genommen, zu sehen, ob er gewillt oder fähig ist, eine dem Vaterland und allen Ländern gleich ersichtliche Partei zu machen. Mehr als eine bemessene Bewährungszeit hätte allerdings ein von Hitler geführtes Kabinett nicht beanspruchen können.

In der Sitzung des Reichspräsidenten im 21. Wahlkreis Düsseldorf-Süd wurde festgestellt, daß der NSDAP infolge der Illenverbindungen mit Düsseldorf die ein weiteres Reichsmitglied zu läßt, das Hitler krank in Ruhm übertragen wird. Der Reichstag hat jetzt alle 26 Abgeordnete.



Die Problematik der Werbefläche

Das Zugabewesen ist heute eine so hart umkämpfte Frage, daß eine Auseinandersetzung mit der Problematik der Werbefläche durch den Werbefläche-Verband im Rahmen des werbewissenschaftlichen Seminars der Handelskammer sehr zu begrüßen war.

Der Einwand, daß die Werbefläche besondere Aufwände erfordert und die Preisgestaltung beeinflußt ist nicht von ausschlaggebender Bedeutung, denn derartige Aufwände sind Bestandteil der allgemeinen Geschäftstätigkeit.

Die anschließende Aussprache leitete Professor Dr. Paffendorf, der das Problem der Werbung zur Diskussion stellte. Aus dem für und wider mögen die wesentlichen Darlegungen angeführt sein, um zu zeigen, wie verschieden die Werbefläche bewertet und angesehen wird.

Die offenbar harte Wirkung der Werbefläche wird durch die Bindung hervorgerufen, da die Gutshinwendung Kaufverweigerung schafft und auch zum Teil die Verweigerung eines besonders vorteilhaften Kaufes erzwingt. Der Vorteil für den Werber besteht in der genaueren Kalkulation, denn es zehrt ein geringeres Risiko bei größerer Erfolgswahrscheinlichkeit.

Für verschiedene Industrien eine ansehnliche Produktionsmöglichkeit geschaffen wird. Die allgemeinen Nachteile bestehen in einer Schädigung des branchenmäßigen Einzelhandels.

Neugewählter Heinrich Klein 60 Jahre

Am heutigen Freitag kann Neugewählter Heinrich Klein, L. U. 3, seinen 60. Geburtstag feiern. Heinrich Klein, ein geborener Mannheimer, kam schon in jungen Jahren nach Mannheim, um sich sehr früh selbstständig zu machen.

\* Aus dem Stadtblatt Heidelberg. Die Auszahlung des Allmendgeldes durch die städtische Güterverwaltung für das durch den Kanal weggenommene Gelände, sowie der Sportplätze und der Schreberstädten erfolgte am Dienstag. Im ganzen wurden 13.000 Mark an 381 berechtigten Bürger ausbezahlt.

Handelskammerpräsident Dr. Venel zur Wirtschaftslage

Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim

Am Montag, 21. November, fand eine Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim statt.

Präsident Dr. Venel gedachte des am 20. Oktober 28. Jd. verstorbenen Herrn Kommerzienrat Richard Seewald, der der Kammer von 1908-1928 als Mitglied angehört hat und von 1915-1928 erster Vizepräsident der Kammer war.

Der Vorsitzende gab einen Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in den letzten Wochen.

Er führte u. a. folgendes an: Seit unserer letzten Vollversammlung am 14. Oktober d. J. sind zwei wichtige politische Ereignisse eingetreten, die auf die europäische und ganz besonders auf die deutsche Wirtschaft von großem Einfluß sein dürften.

Ein festes, klar umrissenes Programm hat der Sieger bei der Wahl, der künftige Präsident Roosevelt, zwar noch nicht bekanntgegeben. Immerhin ist aus seinen Reden zu entnehmen, daß er für eine Überwindung des existenzbedrohenden amerikanischen Stillstands eintritt.

Quaver hat in seiner Wahlkampagne durchblicken lassen, daß er den Väandern entgegenkommen will, die den amerikanischen Produkten und Fertigfabrikaten einen weiteren Abzug auf ihren Märkten ein-

räumen wollen, während von Roosevelt nur bekannt ist, daß er durch eine Milderung der amerikanischen Zollstrafen gegenüber den europäischen Ländern versuchen will, durch Ausdehnung ihres Warenabfahes die Begleichung ihrer Schulden zu erleichtern.

Eine weitere Frage, die besonders Deutschland berührt und in Deutschland besonderes Interesse hervorruft, ist das

Problem der Prohibition.

Beide Präsidentschaftskandidaten haben sich für eine Milderung der Prohibition ausgesprochen und der demokratische Kandidat Roosevelt hat gerade in dieser Frage für die Wünsche der meisten Amerikaner besonders Verständnis gezeigt.

Das zweite für uns besonders wichtige und bedeutende Ereignis ist die

Demission der Regierung Papen

Wer an seine Stelle treten wird, ist noch unbestimmt. Wir wollen aber wünschen, daß in Wirtschaftfragen der bisherige Kurs beibehalten wird.

Wenn ich die Erläuterung, die unseren Kredit in der Welt die Vorkammer Konferenz gebracht hat, wenn ich die Auswirkungen der guten deutschen Ernte, die uns Hunderte von Millionen Dollars an Geboten in diesem Frühjahr erlangt wird, wenn ich die Erleichterung, die die deutsche Unternehmenseinheit durch die Steuererleichterung erfahren hat, deren Summe ca. anderthalb Milliarden beträgt — eine Summe, deren Bedeutung erst dann richtig gewürdigt wird, wenn Sie bedenken, daß die gesamten Dividendenauszahlungen im Jahre 1927 14 Milliarden betragen haben —, berücksichtige, und wenn ich schließlich noch in Rechnung ziehe, daß bei allen, die vorurteillos und objektiv die deutsche Lage betrachten, ein berechtigtes und von Monat zu Monat sich steigendes Vertrauen in die deutsche Wirtschaft sich wieder einstellt, so glaube ich, an der Hoffnung berechtigt zu sein, daß falls nicht große Ungeschicklichkeiten in der deutschen Innenpolitik gemacht werden, oder wenn wir nicht in der deutschen Außenpolitik große Fehler begehen und wenn nicht, was aber nicht zu erwarten steht, die Tendenz der Rohstoffmärkte wieder rückläufig wird, wir für das Jahr 1933 eine

wesentliche Besserung der Wirtschaftslage erwarten dürfen.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftwerkskongresses zu sprechen kam. Wenn auch die Aussichten einer Lösung des Problems von der Seite des Gewerbes der gleichen sind, so erachtet doch die Gefahr, daß die Reichsbahn mit ihren Monopolstellungen durchdringt, noch nicht gebannt. Die Entwicklung der Angelegenheit muß mit äußerster Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Die Aufhebung des § 8 EGB. im Eisenbahngesetz ist ein wichtiger Schritt der deutschen Wirtschaft mit großer Sorge. Die Vollversammlung trat der Entschiedenheit des Verkehrsministeriums des Deutschen Industrie- und Handelsbundes, daß der Wortlaut des § 8 in vollem Umfang aufrechterhalten werden müsse, einstimmig bei.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

Ueber die Frage „Eisenbahn oder Kraftwagen“

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftwerkskongresses zu sprechen kam. Wenn auch die Aussichten einer Lösung des Problems von der Seite des Gewerbes der gleichen sind, so erachtet doch die Gefahr, daß die Reichsbahn mit ihren Monopolstellungen durchdringt, noch nicht gebannt.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftwerkskongresses zu sprechen kam.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftwerkskongresses zu sprechen kam.

und wir werden ihn nur gut überleben, wenn alle zusammenhalten. Deshalb ergreife ich auch sehr gerne noch einmal die Gelegenheit, Sie ebenso herzlich wie dringlich zu bitten, daß jeder von Ihnen sein Kräftebündel in und in seinem Bekanntheitskreis nach Kräften wirft, um der hiesigen Wirtschaft die Summe zuzuführen, deren wir bedürfen, um die große Anzahl von Erwerbslosen in hiesiger Stadt durch den Winter zu bringen.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftwerkskongresses zu sprechen kam.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftwerkskongresses zu sprechen kam.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

berichtet Dr. Vinden, wobei er auch auf die Verhandlungen innerhalb des Kraftwerkskongresses zu sprechen kam.

Der Winter wird allerdings noch sehr schwer sein,

25 Jahre Coffeinfrei-Erfahrung-d.h. Spitzenleistung in Güte und Geschmack.- Daher Kaffee Hag und keinen andern







Fortführung der Rendetalbahn

Bad Peterstal, 24. Nov. Die Bauarbeiten auf der Strecke Bad Peterstal-Bad Griesbach...

147 Meter lange Brücke über die Rinzig bei Rehl. Seit 24. Nov. Zur Zeit wird durch die Baufirma...

Die Schiffschlange bei Reusbad. Reusbad i. Schw., 24. Nov. Die neue Schiffschlange...

Der Bräutigam und die Braut. Im Monat Mai fand in der Arbeiterzeitung ein Artikel...

Anerkanntes Benehmen auf dem Fürstorgeamt

Behandlung vor dem Amtsgericht Mannheim

Im Monat Mai fand in der Arbeiterzeitung ein Artikel: 'Junge Mutter mit Kind wird von Beamten des Fürstorgeamtes mißhandelt...'

Am 17. Mai ergriffen der Bräutigam des Mädchens auf dem Fürstorgeamt und forderte eine Unterzeichnung von acht Mark für seine Braut an.

Was man weiter weiß, bezeichnen die Beamten als etwas nach der Tagesordnung, obwohl sie doch täglich an Behauptungen u. a. gewöhnt seien.

Die Braut und junge Mutter sind in unerhöhrter Weise zu schimpfen an, lächerlich und toll wie eine Besessene, trat die Beamten, die sie zur Tür hinausweisen wollten...

Ihr Bräutigam machte dem Antritt ein Ende und führte sie hinaus. Auf dem Gang führte sie weiter Peter und Verdie, man habe ihr drinnen geschlagen und mißhandelt.

Beide, die Schlägerinnen auf ihrem Gesicht entboten und daß sie waren, das man solche Inzidenzen in der Zeitung veröffentlichte...

Man hörte weiter von dem Mädchen, daß sie auch vor dem Arbeitsamt solche Szenen machte und sich weigerte, bei den Behörden den ordnungsmäßigen Weg zu beschreiten.

Das Urteil. Staatsanwalt Obermeyer war durchaus der Meinung, daß die Angeklagten einen Monat in Freiheitsstrafe zu nehmen ist.

Auf freien Fuß gesetzt. × Freiburg i. Br., 25. Nov. Der Photograph Karl Friedrich Büchtele aus Bad...

Die Konzession an Ruffhag erteilt

Reusbad i. Schw., 24. Nov. Einen sensationell zu nennenden Schritt hat der Verwaltungsrat und Kollegium in seiner am Mittwoch abgehaltenen außerordentlichen Sitzung...

Wie man nämlich hört und was auch den Tatsachen entspricht, hat sich Bürgermeister Rud. Czerni zur Schließung seines Lokals 'Zum Terminal'...

Ob die Begründung hinsichtlich Ruffhag mit dem Erlaß des 'Terminal' nun der Weg zu einer Konzessionierung der Ruffhagen-Gast- und Schenkwirtschaft zuehrt...

Table with 2 columns: 'Baukostenübersichtungen im Monat November' and numerical data for various construction items.

Kleine Anzeigen

Örtliche und private Gelegenheitsanzeigen in Zeile 20 Pfg. wöchlig, 10 Prozent Krisenrabatt

Annahmeschluss für die Mittags-Ausgabe vorm. 8 Uhr, für die Abend-Ausgabe nachm. 5 Uhr

Offene Stellen. Friedrich Wilhelm, Fabrikanten- und Maschinenbau, Spezialfabrikation...

Herrnzimmer. Herrschaftliche, herrschaftliche, herrschaftliche...

Miet-Gesuche. Zum 1. Januar 1933 oder früher zu mieten gesucht: Eine 1-Zimmerwohnung...

Wohnen! 4 Zimmer - Wohnung. Herrschaftl. Bad, Zentralheizung, Barometer...

Der Ulster oder Ulster-Paletot wie für Sie geschafften. Bergdolt Mannheim, H 15, Broichstraße

Jüngerer, kautionsfäh. Drogist. als Hilfsleiter per sofort gesucht. Hauptort mit Schulstunde...

Schlafzimmer. Besond. Gelegenheit! Herrschaftl. voll. furnished, neu...

Wir suchen Läden. im Zentrum d. Stadt Mannheim und Umgebung...

2 Zimmer und Küche. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Achtung! Auf nach der Achtung! H 7, 34 Jungbuschstraße H 7, 34

Verkäufer. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov.

Notverkauf. 2000 Liter, 2000 Liter, 2000 Liter...

1-2 Zimmer u. Küche. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

1 Zimmer u. Küche. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Beachten Sie auch die kleinen Anzeigen an anderer Stelle dieses Blattes

Wirtsleute. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov.

3 R. Netzempfang. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

1-2 Zimmer u. Küche. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

2 leerer Zimmer. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Fort mit Korkstiefeln! Fort mit beschwerlichen Apparaten, Bandagen, Krücken und (evtl.) Stöcken?

Stellen-Gesuche. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov.

Ein Mädchen. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Wirtschaft. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Zimmer. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Verkäufe. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov. Herrmann, 24. Nov.

6 Zimmer-Etagenwohnung. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Seltene Gelegenheit. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

Garage. Herrschaftl. Bad u. ein. Garmentenschrank...

